Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen sind die Geschäftsstelle und die Ausgabestellen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 253 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 29. Oktober 1931

Sieg der Schutzzöllner.

Eigentlich hat selbst die englische Arbeiterpartei, die ja zum allergrößten Teil ihren früheren Führer Macdonald verlassen und sich in die Opposition begeben hatte, von vornherein mit einem Unterliegen in der Wahlschlacht gerechnet, wenn sie es natürlich auch nicht zugestehen wollte. Ihr wie im übrigen auch für ganz England bedeutet der konservative Wahlsieg — oder soll man sagen: der Sieg der „nationalen Regierung“ Baldwin-Samuel-Macdonald? — auch keine Überraschung oder doch höchstens insofern, als die Konservativen es waren, deren Vorstoß zum Erfolg geführt hat. Diese Partei war ja als einzige geschlossen in den Wahlkampf gezogen; die Liberalen hatten sich gespalten, da sich die Gruppe des alten grimmen Kämpen Lloyd George ebenso wie die Mannen Hendersons als Oppositionelle betätigt hatten und die nationale Regierung auch in der Wahlschlacht bekämpften. Und das Ergebnis ist nun, daß neben den beiden kleinen Häuflein der nationalen Liberalen und der nationalen Arbeiterparteiler Macdonalds in dichten großen Massen die Konservativen stehen, — als die wirklichen Sieger, und an ihrer Spitze Baldwin, der vor drei Jahren dem Führer der damals großen geschlossenen Arbeiterpartei Macdonald den Sessel des englischen Ministerpräsidenten hatte einräumen müssen. Ihn hat der von fast allen seinen Anhängern verlassene Mann immer noch inne, denn unter dem Schlachtruf „Für und gegen die Männer und das Programm der nationalen Regierung“ war ja der Wahlkampf entbrannt und durchgeführt worden; aber genau so sehr wie die Schar der Anhänger ist jetzt der politisch-parlamentarische Einfluß Macdonalds zusammengeschmolzen. Er wird es innerlich kaum als Triumph ansehen, daß viele von seinen einstigen Ministerkollegen, von den früheren Freunden mit Henderson an der Spitze auf dem Schlachtfeld der Wahl als Opfer liegen blieben.

Auch die einst so große liberale Partei, die dem „old merry England“ in Frieden und Krieg bedeutende Staatsmänner geschenkt hat, deren Führer Lloyd George im Weltkrieg in für England schwerer Stunde Führer der ganzen Nation wurde, — diese Nachfahren der alten Whigs scheinen endgültig gespalten und damit einflußlos geworden zu sein. Immer mehr sieht es so aus, als werde sich der alte englische Zweiparteiengegensatz von neuem in der Teilung Konservative—Arbeiterpartei auftun, nachdem in dem jetzt aufgelösten Parlament die Liberalen noch hier und da das Zünglein an der Waage spielen konnten. Aber schon dort war es häufig zu Spaltungen gekommen, war die Partei bei entscheidenden Abstimmungen auseinandergefallen.

Daß die „Devalvation“ des englischen Pfundes zunächst eine gewisse Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, einen recht bemerkbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit brachte — was Macdonald als Führer des Arbeiterkabinetts nie erreicht hatte —, mag vom englischen Wähler ebenso zugunsten der Konservativen Partei verbucht worden sein wie die angebliche oder wirkliche Balancierung des englischen Staatshaushalts, — obwohl Macdonald Ministerpräsident und Snowden Schatzkanzler waren, beides einst Führer der Arbeiterpartei. Daß daneben gerade von konservativer Seite als Wahlparole die Forderung des Zollschutzes aufgestellt wurde, um damit jene Stabilität des Haushalts zu festigen und die englische Handelsbilanz aus ihrem schweren Defizit herauszubringen mit dem Endziel einer Stabilisierung auch des Pfund Sterlings, konnte kaum auf entschiedenen Widerspruch stoßen, da selbst große Teile der englischen Gewerkschaften mit dem Hochschutzzoll zum mindesten liebäugeln. Die „nationale Regierung“ hat sich vor dem Wahlkampf nach dieser Richtung hin nicht irgendwie festgelegt, sondern sich nur freie Hand in der Wahl der ihr vorgeschlagenen Mittel vorbehalten, die geeignet erscheinen würden, der englischen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Mit aller Schärfe aber haben sich zu dieser Forderung des Schutzzolles die Konservativen als zu ihrem wichtigsten wirtschaftspolitischen Programmpunkt bekannt und — sie haben in der Wahl die Zustimmung, man darf heute wohl schon sagen: der Mehrheit des englischen Volkes erhalten, sicherlich auch aus weiten Kreisen der Arbeiterschaft selbst.

Zu welchen welt- und wirtschaftspolitischen Folgen dieser in der Hauptsache konservative Wahlsieg führen wird, ob man in England grundsätzlich zum Schutzzoll übergeht, wie sich ferner das Verhältnis zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, insbesondere zu Indien, entwickelt, — all das wird sich erst im Laufe der Zukunft zeigen können. In der nächsten Woche tritt unter ziemlich genauer Beobachtung aller Zeremonien, an denen das traditionsliebende England festhält, im riesigen vieltürmigen Parlamentsgebäude das neugewählte Unterhaus zusammen. Stärker und sicherlich auch rücksichtsloser wird sich dort der Wille des englischen Volkes geltend machen, seine Stellung und seine Bedeutung, wovon es in der letzten Zeit manches verloren hat, nun wieder zurückzuerobern.

■ Fördert die Ortspresse ■

Ein Grundgedanke der Rettung.

Wie können die durch Verschuldung gefährdeten Werte erhalten werden?

Unter der Überschrift „Ein Grundgedanke der Rettung“ veröffentlichen die Mitteilungsblätter der Deutschnationalen Volkspartei Ausführungen des deutschnationalen Parteiführers Dr. Hugenberg über Wege zur Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft. Dr. Hugenberg geht von dem Gesetzentwurf zur Entschuldung der Landwirtschaft aus, den im Dezember 1930 die Deutschnationale Partei im Reichstag eingebracht hatte, ohne allerdings die Unterstützung der Regierungsparteien zu finden. Dr. Hugenberg betont, daß der Zustand der Verschuldung infolge Unrentabilität die ganze deutsche Wirtschaft ergriffen habe und stellt die Frage: Wie kann man für Gläubiger und Schuldner die zerstörten Werte wieder aufbauen?

Er beantwortet die Frage so: Es sei mit der geschichtlichen Erfahrung zu rechnen, daß nach einer Zeit der Verwirrung der Geister die Vernunft zurückkehrt und daß ein arbeitsames Volk in einem vernünftig regierten Staate, d. h. einem Staate

ohne Young-Plan-Geist

und ohne sozialistische Psychose auch Rente und Kapital wieder aufleben. Unter der Voraussetzung einer wiederhergestellten gesunden Rentabilität wird ein ganz großer Teil der jetzt vernichteten oder in Frage gestellten Forderungen wieder gut sein. Wir wollen nicht Betriebsinhaber und Gläubiger zugrunde gehen lassen. Sondern wir wollen Werte, die schon vernichtet erscheinen, durch eine vernünftige Wirtschaftpolitik wieder herstellen, damit nicht ganz Deutschland zusammenbricht und fast die gesamte deutsche Arbeiterschaft ihre Arbeit verliert. Aber dafür kann die Allgemeinheit von den so Geretteten eine Gegenleistung verlangen. Diese Gegenleistung liegt erstens darin, daß alle diese Schulden, die heute uneintreibbar sind, als uneintreibbar anerkannt, d. h.

in Tilgungsschulden verwandelt

werden, wobei gleichzeitig der Grundeigentümer sich zur Verhütung der Wiederkehr künftiger ungesunder Zustände eine Verschuldungsgrenz gefallen lassen muß.

Die geretteten Kapitalien sollen nicht mehr mit einem sinnlos hohen Zinssatze verzinst werden, der das Ergebnis einer Mißwirtschaft und unüberlegten Auslandsverschuldung ist, sondern mit einem angemessenen Zinssatze zu verzinsen, mit dem eine Tilgungszahlung Hand in Hand geht.

Dann heißt es weiter: Über den Gesetzentwurf betr. Entschuldung der Landwirtschaft hinaus haben wir die Grundlagen vorbereitet, auf denen unter einer nationalen Regierung diese Dinge geordnet und damit insbesondere die gesamte deutsche Arbeiterschaft vor dem furchtbaren Schicksal bewahrt werden kann, das die sozialistischen Einflüsse der letzten 12 Jahre über ihrem Haupte zusammengezogen haben. Ohne Abschüttung jeglicher Sorte von Sozialismus sind Wirtschaft und Arbeit nicht wieder in Schwung zu bringen. Diese Abschüttlung ist also heute im höchsten Maße sozial- und arbeiterfreundlich. Mit bloßen Zwangseingriffen großen Stils in die Wirtschaft ist heute nichts zu bessern und nichts zu retten. Notwendig ist, daß man den Boden verläßt, auf dem die Politik (einschließlich Young-Politik) und insbesondere die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts beruht. Wie das englische Volk seinen verhältnismäßig harmlosen Sozialismus zerbrochen hat, so muß Deutschland seinen alles vernichtenden Sozialismus zerbrechen.

*

Vor dem Zusammentritt des Wirtschaftsbeirates.

Die Beratungen des Kabinetts.

Das Reichskabinett trat zusammen, um sich erneut mit der Frage der Vorbereitung der Arbeiten des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung zu beschäftigen. Die Vertreter der Freien und der Christlichen Gewerkschaften sowie des Gewerkschaftsrings traten ebenfalls zu einer gemeinsamen Beratung zusammen, um sich über ihre im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung zu erfüllenden Aufgaben und um ein möglichst einheitliches Vorgehen der Vertreter der Arbeitnehmerschaft zu verständigen.

*

Amtlich wird mitgeteilt: Der von dem Herrn Reichspräsidenten in den Wirtschaftsbeirat berufene Bankdirektor Reinhart hat an zuständiger Stelle erklärt, er werde bis zum Abschluß der Nachprüfung der gegen ihn in Verbindung mit der Schultheiß-Ostwerke Aktiengesellschaft erhobenen, von ihm als haltlos bezeichneten Vorwürfe an den Sitzungen des Wirtschaftsbeirats nicht teilnehmen. Von Bankdirektor Reinhart war behauptet worden, er hätte von den Börsenspekulationen Katzenellenbogens Kenntnis gehabt, ohne dem Aufsichtsrat der Schultheiß-Patzenhofer, dem er angehörte, davon in Kenntnis zu setzen.

Deutsch-schweizerischer Handelsvertrag.

Deutschland lehnt die Schweizer Forderungen ab.

Berlin, 28. Oktober. Deutschland hat am Mittwoch in einer Mitteilung an Bern die Forderungen der schweizerischen Regierung auf Einführung bestimmter Zollkontingente im Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern abgelehnt.

Die deutsche Regiernug steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die ausländischen Schulden und sonstigen Verpflichtungen nur mit Hilfe der Ausfuhr abgedeckt werden können. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die schweizerische Forderung, daß die Zahlungen für deutsche Warenlieferungen nach der Schweiz nicht an die deutschen Gläubiger, sondern an die schweizerische Nationalbank gezahlt werden sollten. Aus diesem Fonds bei der schweizerischen Nationalbank sollten dann die Summen zur Befriedigung von schweizerischen Gläubigern aus Warenlieferungen nach Deutschland und ferner die Beträge zur Befriedigung von schweizerischen Finanzgläubigern verwendet werden. Lediglich der Rest war für die Befriedigung der deutschen Gläubiger auf dem Wege über die Reichsbank gedacht.

Deutsch-französische Reparationsverhandlungen?

Tributzahlungen und Stillhaltefrage.

In der französischen Presse wurde berichtet, daß Laval die Absicht habe, nach seiner Rückkehr nach Paris eine internationale Schuldenkonferenz für den Dezember einzuberufen. Im Zusammenhang mit den Washingtoner Besprechungen wurde in der deutschen Presse behauptet, daß die Reichsregierung erwäge, den Antrag auf Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Sonderausschusses bei der BIZ. zu stellen. Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, treffen beide Nachrichten in dieser Form nicht zu. Eine Entscheidung über das, was Frankreich unternehmen wird, wird erst fallen, nachdem Laval dem Kabinett Bericht erstattet hat. Ob Frankreich eine internationale Schuldenkonferenz einberufen wird, ist zu bezweifeln. Jedoch kann es als wahrscheinlich gelten, daß Frankreich deutsch-französische Verhandlungen in der Tributfrage anregen wird. Die deutsche Regierung dürfte jedenfalls abwarten, bis Frankreich in diesem Sinne an Deutschland herangetreten ist. In unterrichteten Kreisen weist man darauf hin, daß zunächst für Deutschland keine Veranlassung besteht, die Frage der künftigen Regelung der Tribute von sich aus anzuschneiden, da das Schuldenfeierjahr noch bis zum Juni 1932 dauert. Hingegen ist es nicht unwahrscheinlich, daß sich der sogenannte Reparationsausschuß des Kabinetts in absehbarer Zeit mit der Frage einer etwaigen Verlängerung des Stillhalteabkommens, das bereits im Februar 1932 abläuft, beschäftigen wird. Zu welchem Zeitpunkt das der Fall sein wird, und welche Ergebnisse diese Beratungen haben werden, ist zurzeit noch durchaus ungewiß.

Angesichts der ganzen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage darf man annehmen, daß die deutsche Regierung vor der Neuregelung der Stillhaltefrage nicht in der Lage sein dürfte, in der Tributfrage zu verhandeln, da es von der Art und Weise der Regelung der kurzfristigen Auslandsschulden abhängt, ob Deutschland überhaupt kassenmäßig noch in der Lage ist, irgendwelche Tributzahlungen zu leisten.

*

Lavals Reise und die deutsch-französische Annäherung.

Ministerpräsident Laval gab kurz vor seiner Abreise einem amerikanischen Pressevertreter folgende Erklärung über die politischen und wirtschaftlichen Pläne, über die er mit Präsident Hoover verhandelt hat:

„Ich werde dem Parlament über alles Rechenschaft ablegen. Ich werde sodann meine Ministerkollegen um ihre Ansicht bezüglich eines Planes der Konzentrierung der Bemühungen für eine vollständige französisch-deutsche Annäherung befragen. Das allernotwendigste ist, das Vertrauen wiederherzustellen, das seinerseits nur auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Verständigung beruhen kann. Ich habe dem Präsidenten Hoover und dem Senator Borah erklärt — und ich glaube sie davon überzeugt zu haben —, daß Frankreich, wenn es sich selbst überlassen bleibt, die erwartete Annäherung zustande bringen kann.“

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF